

Frankreich nach den Wahlen 2012

Die neue politische Führung muss sich mit Reformversäumnissen und einer gesellschaftspolitischen Diskussion befassen

Daniela Schwarzer

Wenn die Gewinner der französischen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Sommer 2012 die Weichen für die nächste Legislaturperiode stellen, wird ihr Handlungsspielraum eingeschränkt sein. Europäische Vorgaben setzen den Rahmen für die Haushalts- und Wirtschaftspolitik, und die Finanzmarktakteure werden jeden Schritt der Entscheidungsträger bewerten. Nach fünf Jahren unter Präsident Nicolas Sarkozy, der 2007 einen »Bruch« mit dem alten System ankündigte, stehen Frankreich noch immer wichtige sozial- und wirtschaftspolitische Reformen bevor. Der Kontext dafür ist schwieriger geworden: die Wirtschaft wächst schleppend, die Arbeitslosigkeit steigt, die gesellschaftliche Ungleichheit hat zugenommen. Der Konsolidierungsdruck wird kontroverse Einschnitte bewirken und lässt kaum Entschädigungen für Reformverlierer zu. Ungeachtet aller Limitierungen stehen sich bei den Wahlen 2012 ein distinkt rechtes und linkes politisches Projekt gegenüber. Das Wählervotum wird denn auch Folgen für Frankreichs Europapolitik haben.

Als steten Niedergang beklagen französische Kommentatoren und Politiker den Zustand Frankreichs. Dies gehört seit Jahren zur Auseinandersetzung mit der Lage der Nation, auch wenn diese phasenweise weniger düster war als die Debatte.

2007 verbuchte Nicolas Sarkozy mit einem Programm, das eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Erneuerung versprach, einen klaren Wahlsieg. Dieses Mandat hat er nur partiell genutzt. Fünf Jahre und eine Finanz- und Wirtschaftskrise später braucht die Republik dringend Reformen. Allerdings ist die Ausgangslage schwieriger. Die französische Wirtschaft

erholt sich nur langsam von den Auswirkungen der Krise. Hauptproblem ist die Wettbewerbsfähigkeit. 2011 verzeichnete Frankreich ein Außenhandelsdefizit von 84 Milliarden Euro, während Deutschland einen Überschuss von 157 Milliarden Euro erwirtschaftete. Diese Zahlen spiegeln auch den relativen Rückgang der Industrieproduktion. Diese trägt derzeit in Frankreich noch knapp 13 Prozent zur Wertschöpfung bei, in Deutschland sind es knapp 26 Prozent. Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist gegenüber 2007 pro Kopf um knapp 3 Prozent gefallen. Die Arbeitslosigkeit stieg um zwei Prozentpunkte auf

10 Prozent. Dabei hatte Sarkozy Vollbeschäftigung versprochen.

Ein drängendes Thema sind zunehmende regionale Unterschiede. Sie offenbaren sich bei einem Vergleich regionaler Arbeitslosenquoten, von Pro-Kopf-Einkommen, der Qualität der Schulen oder der Verfügbarkeit von Sozialwohnungen. Es handelt sich nicht um großflächige Gefälle, sondern eher um eine Zunahme kleiner, benachteiligter Gebiete, besonders in den Randzonen der großen französischen Städte, in denen Gewalt, Kriminalität und politische Radikalisierung einen Nährboden finden.

Der öffentliche Schuldenstand ist in fünf Jahren um gut 21 Prozentpunkte im Verhältnis zum BIP gestiegen und liegt nunmehr bei über 85 Prozent des BIP – mit weiter aufwärts strebender Tendenz. Sarkozy wollte diesen bis 2012 unter die Maastricht-Grenze von 60 Prozent des BIP drücken. Anfang 2012 stuft eine Ratingagentur Frankreichs Kreditwürdigkeit von AAA auf AA herab. Gründe für die verschlechterte Situation der Staatsfinanzen sind die Kosten der Krisen, aber auch die Senkung von Steuern, vor allem auf höhere Einkommen.

Referendum über Sarkozy

Da der amtierende Präsident erneut antritt, wird im Wahlkampf hart bilanziert. Die Wahl gilt als Referendum »für oder gegen Sarkozy«. Nach 17 Jahren unter konservativen Staatspräsidenten, und dies seit zehn Jahren in Kombination mit einer konservativen Regierung, hat unter linken Politikern und diesem Lager nahestehenden Kommentatoren die Idee der »vote utile« – der nützlichen Stimmabgabe – an Gewicht gewonnen: Die Wähler sollen spätestens im zweiten Wahlgang dem aussichtsreichsten Herausforderer, dem Sozialisten François Hollande, ihre Stimme geben, nicht einem der Kandidaten weiter links stehender, kleinerer Parteien. Nach den Niederlagen der Sozialisten in drei konsekutiven Präsidentschaftswahlen wird es als symbolisch wichtig angesehen, dass der Herausforderer im ersten Wahlgang

mehr Stimmen erhält als der amtierende Präsident. Die Aussicht darauf ist für Hollande in den letzten Wochen zerronnen; insbesondere der Kandidat der radikalen Linken Jean-Luc Mélenchon dürfte ihm im ersten Wahlgang Stimmen wegnehmen. Dies erklärt, warum Hollande immer mehr Forderungen formuliert, die weit nach links orientierte Wähler ansprechen – und die nach der Wahl ad acta gelegt werden dürften.

Was 2012 zur Wahl steht

Obwohl die politischen Spielräume unter dem massiven Druck der Verschuldungskrise deutlich eingeschränkt sind, stehen sich in diesem Wahlkampf, der schon vor der ersten Runde stark zwischen Sarkozy und seinem sozialistischen Herausforderer Hollande bipolarisiert ist, unterschiedliche wirtschaftliche und gesellschaftliche Programme gegenüber. Laut Umfragen sind Beschäftigung, Kaufkraft und Renten die wichtigsten Prioritäten der Wähler.

Hinter dem Programm Sarkozys steht wie auch 2007 eine für französische Verhältnisse prononcierte Betonung marktliberaler Elemente, allerdings kombiniert mit einer weitreichenden Bereitschaft, die Interessen von Unternehmern und Unternehmen nach innen und außen zu protegiere. Die wirtschaftliche Erholung soll durch eine Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen erreicht werden. Hohe Steuern und Abgaben und der Finanzbedarf des Wohlfahrtsstaates gelten als Wachstumsbremse.

Die Arbeitslosigkeit soll nicht nur durch Qualifizierungsmaßnahmen und Arbeitsmarktflexibilisierung reduziert werden. Sarkozy polarisiert, indem er einen Abschied von der Versorgungsmentalität und mehr persönlichen Einsatz fordert. »Mehr Arbeiten, um mehr zu verdienen« war bereits 2007 die Parole, mit der er gegen Rigiditäten im Arbeitsmarkt, aus seiner Sicht zu weitgehende Sozialversicherungssysteme und die 35-Stunden-Woche Stellung bezog. 2012 hat er dieses »Angebot«

unter anderem auf Lehrer im staatlichen Schuldienst ausgedehnt.

Diese Vorschläge kombiniert er mit einem zusehends autoritären Staatsverständnis. Sein politischer Voluntarismus und die ausgeprägte Idee des Wandels von oben haben bei vielen Reformen demokratische Auseinandersetzungen verkürzt, das Parlament geschwächt und gesellschaftliche Akteure wie die Gewerkschaften marginalisiert. Für den Fall eines zweiten Mandats hat Sarkozy Referenden angekündigt, um eine aus seiner Sicht blockierte Gesellschaft zu Reformen zu bringen und langwierige parlamentarische Prozesse zu umgehen. Diese Praktik würde die bonapartistischen Elemente seiner Machtausübung weiter stärken.

Zudem untermauert ein traditionellen Moralvorstellungen verpflichtetes Gesellschaftsbild Sarkozys Programm: Katholizismus, traditionelle Familienformen und die kulturelle Homogenität Frankreichs werden betont. Letztere spielt eine Rolle in seiner Einwanderungspolitik: Sarkozy will Migration stärker begrenzen, formuliert weitreichende Assimilierungsforderungen und weist Hollandes Wahlkampfversprechen eines lokalen Wahlrechts für Immigranten strikt zurück. Mit dieser ideologischen Trias von wirtschaftsliberalen Elementen, zunehmend autoritärem Staatsverständnis und konservativem Gesellschaftsbild versucht Sarkozy gleichzeitig verschiedene Gruppen anzusprechen: untere Einkommensklassen, christdemokratische Wähler des Zentristen François Bayrou und die Unterstützer der Front-National-Kandidatin Marine Le Pen.

Hollandes Alternativprojekt

Herausforderer François Hollande setzt diesem nicht widerspruchsfreien Wahlprogramm ein sozialistisches Projekt in 60 Punkten entgegen, das im Rahmen der von der Krise bedingten Limitierungen ein neues Gleichgewicht in Wirtschaft und Gesellschaft herstellen soll. Um Frankreichs Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, baut

Hollande mehr auf qualitative Faktoren denn auf Kostensenkung. Er propagiert eine Förderung des Mittelstands und die regionale Entwicklung bis hin zu weiterer Dezentralisierung, unterstützt durch eine neue öffentliche Förderbank. Deutschland steht Modell dafür, wie er die Sozialpartner stärker einbeziehen, ihre Rolle verfassungsmäßig verankern und die unternehmerische Mitbestimmung stärken will.

Der Staat indes soll den nötigen wirtschaftlichen Wandel orchestrieren und unter anderem den Mittelstand, Programme für Investitionen in Informationstechnologien und erneuerbare Energien unterstützen. Hollande setzt anders als Sarkozy Prioritäten in der Jugend- und Bildungspolitik und will den Mindestlohn anheben. Die Rentenreform von 2010, bei der das Rentenalter auf 62 Jahre heraufgesetzt und die Beitragszeiten verlängert wurden, will er teilweise zurückdrehen, ohne allerdings ein Konzept zur langfristigen Nachhaltigkeit der Staatsfinanzen vorzulegen. Statt steuerlicher Entlastungen verspricht Hollande mehr Steuergerechtigkeit. Im Wahlkampf forderte er im Interesse einer stärkeren Besteuerung des Kapitals einen Steuersatz von 75 Prozent bei Jahreseinkommen über eine Million Euro – eine Forderung, die er nach seiner möglichen Wahl unter den Tisch fallen lassen dürfte.

Wie Sarkozy hat auch Hollande – unter dem scharfen Blick der Ratingagenturen, die den Sozialisten hinter den Kulissen bereits als Gefahr für Frankreichs Kreditwürdigkeit bezeichnet haben – eine Konsolidierung der Staatsfinanzen angekündigt. Sarkozy setzt dieses Ziel für 2016, Hollande für 2017. Auch wenn solche Zielvorgaben in der Vergangenheit unter anderem wegen notorisch überhöhter Wachstumsprognosen immer wieder verfehlt wurden, ist das Bewusstsein, dass die Neuverschuldung unter Kontrolle gebracht werden muss, in Frankreich deutlich gewachsen. Wie schon 2007 müssen sich die Kandidaten stärker für die Finanzierbarkeit ihrer Vorhaben verantworten, da Forschungsinstitute und Journalisten die er-

warteten Kosten versprochener Maßnahmen beziffern. Trotzdem vertagen die Kandidaten entscheidende Aussagen bis nach der Wahl: etwa welche Ausgaben sie kürzen.

Im Bereich der Finanzmarktregulierung will der Sozialist entschiedener voranschreiten. »Mein echter Feind hat keinen Namen, kein Gesicht, keine Partei und doch regiert er, es ist die Finanzwelt«, sagte er in einer vielzitierten Wahlkampfreden in Le Bourget. In Reaktion auf den Zusammenbruch von Lehman Brothers hatte auch Sarkozy die »Liberalisierungsexzesse« und die hohen Bezüge der Banker attackiert, für Banken- und Finanztransaktionssteuern und schärfere Kontrollen der Ratingagenturen geworben, sah jedoch von größeren Vorstößen ab. Hollande nun will komplexe Finanzprodukte verbieten, die staatlichen Garantien für Finanzdienstleister auf Bereiche beschränken, die für die Gemeinschaft wirtschaftlichen Mehrwert schaffen, und Vergütungsmodelle stärker regulieren.

Der Sozialist positioniert sich als Vertreter einer moralischen Linken, als Teil des »normalen« Frankreichs – das sich von der Macht ungebändigter Märkte und vom Herrschaftssystem Sarkozys befreit. Im Gegensatz zum »Hyperpräsident«, der Regierungsfunktionen usurpierte, will er die präsidentielle Machtfülle beschneiden. Symbolhaft kündigte er an, von der Besetzung der Spitzen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk abzusehen – nachdem Sarkozy wegen seines weitreichenden Einflusses auf die Medienberichterstattung kritisiert worden war. Die Bezüge von Präsident und Regierungsmitgliedern will er um 30 Prozent kürzen. Er verspricht größeren Spielraum für Premier und Regierung und will das Parlament aufwerten. Eine Systemreform fordert er indes nicht, anders als Mélenchon oder seit Jahren die »Vereinigung für die sechste Republik« des aufstrebenden PS-Politikers Arnaud Montebourg.

Keine Zeit für offenen Dissens

Die unterschiedlichen Ansätze der beiden aussichtsreichsten Kandidaten haben euro-

papolitische Relevanz. Ein Präsident Hollande würde den Fiskalpakt ergänzen wollen, etwa um eine Wachstumsstrategie inklusive Euro-Projektbonds, und für Maßnahmen zur Verbesserung des sozialen Schutzes werben. Eine grundsätzliche Infragestellung des Pakts ist wegen des zu erwartenden Marktdrucks unwahrscheinlich. Bei beiden Kandidaten, tendenziell stärker bei Hollande, ist es aber möglich, dass angekündigte Haushaltsdefizitziele im Nachhinein zunächst etwas nach oben korrigiert werden, auch wenn es zur Konsolidierung mittelfristig keine gute Alternative gibt.

Sarkozy dürfte im Falle einer zweiten Amtszeit – ganz im Sinne des Mottos »L'Europe Protection« der französischen Ratspräsidentschaft 2008 – noch stärker darauf drängen, Europa als »Schutzwall« zu stärken, die EU-Außengrenzen besser zu kontrollieren und Immigration einzudämmen. Dies soll der Europäische Rat sicherstellen, den Sarkozy weiter aufwerten möchte. Zudem fordert er unter dem Druck rechter wie linker Globalisierungs- und Europakritiker, dass europäische Wirtschaftsinteressen durch strikte Reziprozität in der Handelspolitik gestärkt werden.

Für die deutsch-französische Zusammenarbeit bleibt nach einem möglichen Führungswechsel in Paris weniger Zeit als in früheren Jahren, einen Modus Operandi zu finden. Die Krise im Euroraum wird die Spitzen beider Länder weiterhin beanspruchen, zumal Frankreich mit im Zentrum des nächsten Schocks stehen könnte, insbesondere wenn die Verlässlichkeit der deutsch-französischen Kooperation in Frage steht. Die politische Führung ist gezwungen, ihren Wählern das Ausmaß der Anpassungsnotwendigkeiten rasch offenzulegen. Berlin und Paris stünden indes gemeinsam vor der Herausforderung, das Wählervotum mit den bestehenden Zwängen europapolitisch so zu vereinbaren, dass der neue Amtsinhaber den für die Reformen und Anpassungen nötigen gesellschaftlichen Rückhalt gewinnt und die Zustimmung zur EU keinen weiter reichenden Schaden nimmt.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2012
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autorin wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364